

Parlamentarische Arbeitsverweigerung: PIRATEN gehen gegen Reformblockade von SPD, Grünen und SSW vor

Die PIRATEN im schleswig-holsteinischen Landtag werfen der rot-grün-blauen Koalition vor, eine Entscheidung des Landtags über unbequeme Reforminitiativen durch Vertagung und Verschleppung zu verhindern. Seit über einem Jahr blockiert die Koalition Abstimmungen zur Einführung von Karenzzeiten für Minister, zu Zweckentfremdung und Leerstellenlassen von Wohnungen, zum „Section Control“-Massenscanning, zur Förderung des Radverkehrs und gegen die fortschreitende Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern. Die PIRATEN wollen ab sofort jeden Monat eine verschleppte Reform im Landtag zur Sprache und Abstimmung bringen, beginnend mit der Einführung von Karenzzeiten.

Der Abgeordnete Patrick Breyer: „Über ein Jahr nach dem unsäglichen Seitenwechsel von Ex-Innenminister Breitner (SPD) in die Wohnungswirtschaft, für die er noch während der Verhandlungen über seinen Vertrag Politik gemacht hatte, hat die Koalition noch immer kein Gesetz gegen solche schmutzigen Deals zustande gebracht. Selbst im Bund gibt es längst Karenzzeiten, während im Norden unser Gesetzentwurf verschleppt wird. Dass die Wirtschaft gefügige Politiker bis heute mit lukrativen Posten belohnen darf, erschüttert das Vertrauen der Bürger in unsere Demokratie und ist nicht länger akzeptabel.“

Nachdem die Koalition schon für die ersatzlose Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zur Veröffentlichung von Abgeordneten-Nebeneinkünften Prügel bezogen hat, ist sie dazu übergegangen, Abstimmungen über ihr unangenehme Initiativen insgesamt zu verhindern. Diese Kopf-in-den-Sand-Politik soll vor der Öffentlichkeit verbergen, dass Missstände nicht abgestellt und Versprechen nicht gehalten werden. Diesen Versuch, wichtige Reformen zu verbuddeln und sich auch noch der öffentlichen Verantwortung dafür zu entziehen, lassen wir PIRATEN nicht durchgehen.“

Fragen und Antworten:

Wie funktioniert die Vertagung und Verschleppung von Initiativen der PIRATEN genau?

Nach der ersten Lesung im Landtag wird der Antrag oder Gesetzentwurf an Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Dort wird die Initiative dann bei jedem Aufruf gegen die Stimme der PIRATEN vertagt.

Wie gehen die PIRATEN gegen diese Praxis vor?

Die PIRATEN haben zur Februartagung des Landtags folgenden Antrag gestellt: „Der Beschluss des Landtags über die Ausschussüberweisung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister (Drs. 18/2334) wird aufgehoben. Der Landtag führt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs ohne Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses durch und stimmt in der Sache über den Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 18/2334 ab.“

Welche Folge hat die dauerhafte Vertagung einer parlamentarischen Initiative?

Die Initiative kommt nie zur Abstimmung im Landtag. Die Landtagsfraktionen müssen sich vor den Bürgern nie dafür rechtfertigen, zugestimmt oder abgelehnt zu haben. Mit Ende der Legislaturperiode wird der Antrag oder Gesetzentwurf obsolet.

Ist es nicht normal, dass parlamentarische Ausschüsse die Befassung mit Initiativen vertagen?

Eine Zurückstellung im Einvernehmen mit dem Antragsteller ist übliche Praxis. Eine Sachabstimmung jedoch gegen den Willen der Initiatoren auf unbestimmte Zeit zu verschleppen, ist missbräuchlich.

Verfahren SPD, Grüne und SSW mit allen Initiativen der PIRATEN so?

Nein, nur bei bestimmten (unbequemen) Reforminitiativen.

Was ist von Ankündigungen der Koalition zu halten, ein Gegenvorschlag (Änderungsantrag) sei in Arbeit?

In der Vergangenheit sind solche Ankündigungen mehrfach nicht eingehalten worden (siehe Tabelle unten). Nach über einem Jahr Wartezeit kann nicht darauf vertraut werden, dass die Koalition ihr unbequeme Themen überhaupt noch angeht.

Wenn die Koalition einen Gegenvorschlag ankündigt, tritt eine zeitliche Verzögerung ein, wenn der Gegenvorschlag als eigenständige Initiative eingebracht werden muss und nicht in einem laufenden Verfahren als Änderungsantrag vorgelegt werden kann?

Nein. Es ist im Eilfall sogar möglich, einen (eigenständigen) Antrag oder ein Gesetz innerhalb einer Landtagstagung zu beschließen.

Hat die Landtagsmehrheit nicht das Recht, die Prioritäten ihrer politischen Arbeit selbst festzulegen?

Jede Fraktion hat Anspruch darauf, dass über ihre Initiativen in angemessener Zeit entschieden wird. Ein Jahr ist mehr als ausreichend, um sich für oder gegen eine Initiative zu entscheiden. Es ist missbräuchlich, eine Entscheidung so lange zu verhindern, bis sich die Initiative überholt oder erledigt hat.

Blockierte Reforminitiativen der PIRATEN:

Drs.	Antragstitel	Inhalt (Kurzfassung)	Datum der Antragstellung	Datum der Ausschussüberweisung	Daten Vertagungen im Ausschuss	Anzahl Vertagungen im Ausschuss
18/1974	Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern	Verzicht auf eine Übertragung von Landesliegenschaften an Küsten und Ufern auf Dritte, Beschränkung einer Überlassung auf vorübergehende Nutzungen nach öffentlichen Ausschreibungen	03.06.2014	11.07.2014 (WI)	27.08.2014 04.02.2015 25.03.2015 02.09.2015	4
<p>Anmerkung: Seit 2004 hat das Land insgesamt über 1.600.000 m² Küsten- und Uferflächen verkauft oder verschenkt. Dies erfolgt ohne Ausschreibung und ohne Zustimmung des Landtags. 2015 hat das Land beschlossen, sein Eigentum am Laboer Hafen aufgeben und an die Gemeinde zu übertragen, was einen Verkauf an Investoren ermöglicht. Die Entscheidung der Landesregierung über einen Antrag auf Übernahme des bisher öffentlichen Sportboothafens Marina-Hülsen an der Schlei durch ein Privatunternehmen steht aktuell an. Die Koalition verhindert eine Entscheidung des Landtags über die Praxis.</p>						

Drs.	Antragstitel	Inhalt (Kurzfassung)	Datum der Antragstellung	Datum der Ausschussüberweisung	Daten Vertagungen im Ausschuss	Anzahl Vertagungen im Ausschuss
18/1975	Schleswig-Holstein fahrradfreundlicher gestalten	Fortschreibung des Programms „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“, Festlegung eines Ziels zur Steigerung des Radverkehrsanteils, Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen, Einführung klarer Kriterien für die Förderung von Radwegen, Schaffung eines Förderprogramms zur fahrradfreundlichen Gestaltung kommunaler Infrastruktur, Aufnahme von Vorgaben für Fahrradabstellanlagen in die Landesbauordnung, Ermöglichung kostenloser Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr	12.06.2014	18.06.2014 (WI)	02.07.2014 27.08.2014 17.12.2014 25.03.2015 29.04.2015 10.06.2015	6
Anmerkung: Die Koalition hat inzwischen Teile des Antrags umgesetzt, so die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen und ein Förderprogramm für Abstellanlagen. Sie verhindert jedoch eine Entscheidung des Landtags über die gesamte Initiative der PIRATEN.						

Drs.	Antragstitel	Inhalt (Kurzfassung)	Datum der Antragstellung	Datum der Ausschussüberweisung	Daten Vertagungen im Ausschuss	Anzahl Vertagungen im Ausschuss
18/2694	Kein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen	Verzicht auf den Einsatz der „Section Control“-Technik bei der Geschwindigkeitskontrolle, Wertung als Verstoß gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Aufforderung der LRg zum Einsatz auf Bundesebene gegen die Zulassung; Umsetzung der auf der Rader Hochbrücke geplanten Geschwindigkeitsüberwachung mittels herkömmlicher Messgeräte, Ankündigung der Überwachung durch Hinweisschilder	12.02.2015	19.02.2015 (WI + IR)	17.06.2015 08.07.2015 02.09.2015 11.11.2015	4

Anmerkung: Verkehrsminister Meyer fordert den Einsatz der „Section Control“-Technologie in Schleswig-Holstein, die einen verdachtslosen Kfz-Kennzeichenscan jedes passierenden Kraftfahrzeugs erfordert. Die Landesregierung beteiligt sich an einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer bundesrechtlichen Rechtsgrundlage. Die Koalition verhindert eine Grundsatzentscheidung des Landtags über die Technologie.

Drs.	Antragstitel	Inhalt (Kurzfassung)	Datum der Antragstellung	Datum der Ausschussüberweisung	Daten Vertagungen im Ausschuss	Anzahl Vertagungen im Ausschuss
18/2108	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Dauerwohnraum (Wohnraumsicherungsgesetz)	Ermöglichung eines Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum durch die Kommunen, Anzeigepflicht für leerstehende Wohnungen, Räumungs- bzw. Wiederherstellungsgebote bei nicht genehmigten Veränderungen, Hinweise für Wohnungsuchende	26.06.2014	12.09.2014 (IR)	01.10.2014	1
<p>Anmerkung: Koalition und Innenminister haben immer wieder versprochen, ein eigenes Gesetz gegen Zweckentfremdung, Leerstand oder Verfallenlassen von Wohnraum vorzulegen, so am 01.10.2014 („im ersten Quartal 2015“), am 19.02.2015 (wird „alsbald der parlamentarischen Beratung zugeleitet“) und am 05.11.2015 („Abstimmungsprozess mit den Kommunen“). Bis heute liegt kein Gesetzentwurf vor. Die Koalition lehnt eine Entscheidung des Landtags über den Gesetzentwurf der PIRATEN ab.</p>						

Drs.	Antragstitel	Inhalt (Kurzfassung)	Datum der Antragstellung	Datum der Ausschussüberweisung	Daten Vertagungen im Ausschuss	Anzahl Vertagungen im Ausschuss
18/2334	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister	Einführung einer dreijährigen Karenzzeit für Landesminister und Staatssekretäre nach ihrem Ausscheiden bis zur Übernahme einer in Zusammenhang mit ihrer dienstlichen Tätigkeit stehenden Erwerbstätigkeit oder sonstigen Beschäftigung, Einführung einer Pflicht von Landesministern zur Veröffentlichung von Tätigkeiten etc. während und nach Ausübung ihres Regierungsamtes	26.09.2014	09.10.2014 (IR)	29.10.2014 03.02.2016	2

Anmerkung: Der SPD-Vorsitzende hat bereits im September 2014 nach dem überraschenden Wechsel des für Wohnungsbau zuständigen Ministers Breitner (SPD) in die Wohnungswirtschaft eine Initiative der SPD im Landtag [angekündigt](#). Der Innen- und Rechtsausschuss verschob die Beratungen unseres Gesetzentwurfs im Oktober 2014 „vor dem Hintergrund der Ankündigung eines weiteren Gesetzentwurfs zu diesem Thema auf seine Sitzung nach der Dezember-Tagung des Landtags“. Bis heute liegt kein Gesetzentwurf vor. Am 03.02.2016 stellten Vertreter der Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf „innerhalb von zwei Wochen“ in Aussicht und verhinderten eine Entscheidung über den Gesetzentwurf der PIRATEN.